

KOMPAKT STUDIEREN

UNIKAT

**Abschluss des Monats:
Martin Regner schafft eine
neue Wirtschaftsordnung.**

„Im Sozialismus sagt der Staat, wo es langgeht, im Kapitalismus ist es der Chef. Frei entscheiden können die Menschen in beiden Systemen nicht“, sagt Martin Regner. Der Sozialwissenschaftler geht in seiner Diplomarbeit an der Uni Erlangen-Nürnberg mit bekannten Wirtschaftsordnungen hart ins Gericht – und entwirft eine ganz neue. Die Idee dazu reifte in vielen Vorlesungen, in denen ihn die dargebotenen Lösungen nicht zufriedenstellten.

Die Wirtschaft müsse dem Menschen dienen, sein Leben verbessern. Das sei oberstes Ziel. Sein Modell nennt er Sozial-Produktivgenossenschaft. Hinter dem sperrigen Wort verbirgt sich nicht weniger als eine Revolution. Die Unternehmen gehören als Genossenschaften zu Teilen den Mitarbeitern, den Bürgern und dem Staat. Während die ersten Gruppen über das Geschick der Firma entscheiden, hat der Staat keinen Einfluss. Die Menschen bekommen gleiche Anteile an verschiedenen Firmen zugeordnet und zusätzlich Anteile ihres Arbeitgebers. Der Gewinn der Firmen geht an die Anteilseigner. So sind Staatsfinanzierung und Grundeinkommen für die Menschen garantiert. Selbst für soziale Härtefälle und chronisch Kranke findet Regner eine Lösung.

Die Umstellung werde trotz Entschädigungsfonds schwer, sagt er. „Sobald das System beschlossen wäre, würden viele Firmen ins Ausland gehen.“ Daran tüfelt er noch.

Wir suchen Unikate: Hat Ihre Abschluss- oder Forschungsarbeit ein außergewöhnliches Thema? Oder sind Sie auf bemerkenswerte Ergebnisse gestoßen? Dann erzählen Sie uns davon und schicken Sie eine E-Mail mit dem Betreff „Unikat“ an: kariere@vhb.de.

Neue Prüfungsordnung der Juristen wirkt Inflation der Prädikate

Eine kleine Revolution erreicht den juristischen Arbeitsmarkt: Deutlich mehr Absolventen werden dieses Jahr ihren Abschluss mit Prädikat machen. Bisher galt, dass man mit einem Prädikatsexamen – also „vollbefriedigend“ und besser – zu den besten 15 Prozent eines Jahrgangs gehörte. In Baden-Württemberg waren es 2008 jedoch bereits über 30 Prozent, in anderen Bundesländern ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten. Grund ist eine neue Prüfungsordnung von 2006, die neuerdings auch einen Teil der universitären Leistungen in die Staatsexamensnote einbezieht. Für die Juristen geht es noch mehr als in allen anderen Fächern um besonders gute Noten.

Carola Sonnet

Kultusminister beschließen Bologna-Verbesserung Reform der Reform der Reform

Die Studentenproteste im Sommer scheinen doch nicht wirkungslos zu verpuffen: Die Kultusminister der Länder haben sich dazu durchgerungen, die Nachteile der Bologna-Reform anzupacken und auf die Kritik der Studenten zu reagieren. „Die Module sind zu kleinteilig, viele Fächer sind mit Stoff überfrachtet, die Mobilität der Studenten hat sich verschlechtert“, fasst Niedersachsens Wissenschaftsminister Lutz Stratmann die Meinung der Konferenz zusammen. Er bemängelt außerdem, dass sich fast ausschließlich sechs Semester dauernde Bachelor-Programme etabliert hätten. Die Minister sind sich überraschend einig, dass sich dringend etwas ändern muss.

Mehr als einen unverbindlichen Maßnahmenkatalog hat die Kultusministerkonferenz (KMK) jedoch nicht erarbeitet: Mehr Studiengänge sollen wieder acht Semester dauern dürfen, der Wechsel zwischen Universitäten soll leichter werden, die Minister wollen selbst für mehr Akzeptanz des Bachelors auf dem Arbeitsmarkt werben.

Stratmann hat deshalb ein eigenes Strategiepapier entwickelt und will den Universitäten helfen, ihre Programme zu flexibilisieren und die Vorschriften den Bedürfnissen der Studenten anzupassen. Die Hochschulen hätten es in der Hand, von Niedersachsen zu lernen, sagte Stratmann. „Wir haben mehr Erfahrung als andere.“ Sein Land hat bereits nahezu alle Studiengänge auf die neuen Abschlüsse umgestellt. Auf die von den Hochschulen vor allem bemängelte chronische Unterfinanzierung, die eine Umsetzung der neuen Studiengänge behindere, reagierten die Länder jedoch nicht.

Mehr als 40 Staaten haben mittlerweile die Bologna-Erklärung unterzeichnet. Bundesbildungsministerin Annette Schavan begrüßte den Vorstoß der KMK. Sie selbst hatte die Proteste der Studenten im Sommer zunächst als „gestrig“ bezeichnet, dann aber gemerkt, dass die Forderungen nicht überzogen waren. Der nächste Schritt ist nun die Verhandlung mit der Hochschulrektorenkonferenz.

Carola Sonnet



Protest mit Wirkung: Die Kultusminister wollen auf die Kritik mit Änderungen reagieren.